ES-01

Dringlichkeitsantrag: Sichere Energieversorgung für den Winter

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	09.09.2022
Tagesordnungspunkt:	ES Sichere Energieversorgung für den Winter

Antragstext

Der Angriff Russlands auf die Ukraine bedeutet unermessliches Leid für die Menschen in der Ukraine, eine Bedrohung für die europäische Sicherheitsordnung und Risiken für die weltweite Ernährungssicherheit. Er bringt aber auch große Herausforderungen für unsere Energieversorgung mit sich.

Mit der von zahlreichen Vorgängerregierungen forcierten Abhängigkeit Deutschlands von russischen fossilen Energieträgern, vor allem von russischem Gas, wurde Vladimir Putin ein Instrument an die Hand gegeben, um direkten Einfluss auf unsere Versorgungssicherheit, unseren Wohlstand und unsere Wirtschaft zu nehmen. Längst hat die russische Regierung mithilfe willkürlicher Drosselungen oder Abschaltungen der Gaslieferungen einen Wirtschaftskrieg mit Europa begonnen. Wir unternehmen daher in der Ampel-Koalition jede Anstrengung, Deutschland aus der energiepolitischen Abhängigkeit Russlands zu befreien und die Energieversorgung in unserem Land zu sichern.

Dabei setzen wir Grüne mit aller Kraft auf den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien, Energieeffizienz und Einsparung. Sie sind der beste Beitrag, um die dreifache Herausforderung aus Klimaschutz, Energiesicherheit und Bezahlbarkeit zu bewältigen. Gleichzeitig muss Deutschland gezwungenermaßen für die Übergangszeit verstärkt auf fossile Energien zurückgreifen – Kohlekraftwerke etwa, die in den Markt zurückkehren, oder LNG-Gas, für dessen Anlandung schwimmende und auf Wasserstoff umrüstbare feste Terminals gebaut werden.

Diese Politik tragen wir Grüne in der Koalition mit SPD und FDP, weil wir uns unserer Verantwortung für das Land bewusst sind und uns die Aggression Putins dazu zwingt, eine konsequente Klimapolitik mit der Notwendigkeit der Versorgungssicherheit in Einklang zu bringen. Die Ampelkoalition arbeitet zugleich mit Hochdruck daran, die Bürger*innen und die Wirtschaft vor den Verwerfungen der Energiekrise zu schützen. Mit mittlerweile drei Entlastungspaketen, die wir als Grüne maßgeblich mitgestaltet haben, unterstützen wir Menschen und Unternehmen in Zeiten dramatischer Preisanstiege.

Vorrang für erneuerbare Energien

Gleichzeitig haben sich im vergangenen Sommer energiepolitische Krisenlagen aufeinandergeschichtet, die zusätzlich zu den ausbleibenden Gaslieferungen auch eine Gefahr für die Stabilität des europäischen Stromnetzes in diesem Winter befürchten lassen. So standen zeitweise über die Hälfte aller französischen Atomkraftwerke still, die Stromproduktion aus Wasserkraft war aufgrund der klimakrisenbedingten Dürre in vielen europäischen Ländern auf einem Tiefstand und das dürrebedingte Niedrigwasser auf dem Rhein ermöglichte nur eingeschränkt den Transport von Kohle an die entsprechenden Kraftwerke. Die

Verflechtungen mit unseren europäischen Nachbarn beeinflussen sowohl die Menge des zur Verfügung stehenden Stroms als auch die Flexibilität im gegenseitigen Austausch – und damit die Stabilität des Netzes. Hinzu kommt, dass durch den insbesondere auch von der CSU verzögerten Netzausbau Strom, vor allem aus erneuerbaren Energien, nicht ausreichend von Nord nach Süd transportiert werden kann. Dadurch drohen Engpässe insbesondere in Süddeutschland. Bitter rächt sich nun, dass die bayerische Staatsregierung den Ausbau der Windkraft und der Übertragungsleitungen massiv bekämpft hat. Damit hat die CSU nicht nur für das Land Bayern eine schwierige Situation geschaffen, sondern für die Bundesrepublik insgesamt.

Unsere Verantwortung für die Menschen in unserem Land und die Versorgungssicherheit gebietet es, die Situation in diesem Winter sachlich und problemorientiert zu bewerten. Um die Diskussion zu versachlichen, hat das Bundeswirtschaftsministerium einen zweiten Stresstest zur Netzstabilität in Auftrag gegeben, in dem verschiedene Krisenszenarien für den Winter 2022/23 berechnet wurden. Der Stresstest hat ergeben, dass eine krisenhafte Situation im Stromsystem für diesen Winter zwar sehr unwahrscheinlich ist, aber nicht vollständig ausgeschlossen werden kann. Damit besteht mit geringer Wahrscheinlichkeit die Gefahr von Lastunterdeckungen oder gar Stromausfällen aufgrund von Netz-Stresssituationen.

Um dieser Gefahr vorzubeugen, steht ein Bündel von Maßnahmen zur Verfügung. Dazu gehört die zusätzliche Stromproduktion durch Windenergie, Photovoltaik und Biogasanlagen, die Erhöhung von Transportkapazitäten über die vorhandenen Stromnetze, die Nutzung von alternativen Kraftwerksreserven und die Aktivierung von Leistungsreserven bei Kohlekraftwerken sowie die Erweiterung des Lastmanagements in enger Absprache mit der Industrie. Außerdem werden besonders die Träger öffentlicher Gebäude zum Energiesparen angehalten und alle Stromverbraucher*innen, vom Anlagenbetreiber über Ladenbesitzer*innen bis hin zu Privatleuten, bei ihren Bemühungen unterstützt. Maßnahmen zur Energieeffizienz und Energieeinsparung werden verstärkt. All das ist entscheidend, um die Versorgungssicherheit in diesem Winter zu gewährleisten.

Das Ergebnis des Stresstestes ist eindeutig: Die Atomkraft ist nicht die Lösung für das drohende Energieproblem in diesem Winter, sondern es braucht ein ganzes Maßnahmenbündel, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Bezogen auf die Atomkraft hat der Stresstest die lauten Stimmen widerlegt, die im Weiterbetrieb der drei noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke die Lösung aller Probleme sehen. Denn insgesamt spielt die Atomenergie selbst im Worst-Case Szenario im Vergleich zu den anderen dringenden Maßnahmen nur eine untergeordnete Rolle, wenn es darum geht, in kritischen Situationen die Netzsicherheit zu gewährleisten. So erweist sich der Beitrag der AKW für die Versorgungssicherheit insgesamt als begrenzt, ihr Beitrag zum Einsparen von Gas und zur Dämpfung der Strompreise als marginal.

Eine befristete Einsatzreserve für den Notfall

Für den äußersten Notfall, so unwahrscheinlich er auch sein mag, wollen wir dennoch vorsorgen und auf alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für die Netzstabilisierung zurückgreifen können. Deswegen stimmen wir zu, eine konditionierte, zeitlich begrenzte und von der Atomaufsicht strikt überwachte AKW-Einsatzreserve zu schaffen. Damit endet die Laufzeit der verbliebenen drei Atomkraftwerke regulär zum 31. Dezember dieses Jahres. Die beiden AKW im Süden des Landes, Isar 2 und Neckarwestheim 2, werden jedoch bis Frühjahr 2023 weiter in Betriebsbereitschaft gehalten und stehen so – ohne neue Brennelemente – zur

Verfügung, um, falls nötig, einen Beitrag zur Stabilisierung des Stromnetzes in Süddeutschland zu leisten.

Entscheidend ist für uns, dass keine neuen Brennelemente beschafft werden. Sie sind für eine Einsatzreserve nicht erforderlich; neuer, gefährlicher Atommüll wird nicht produziert. Nur für einen begrenzten Zeitraum und nur für die zwei süddeutschen AKW ist ein eng konditionierter Einsatz zur Abwehr einer konkreten Gefahr für die Versorgungssicherheit vorzusehen und damit noch vertretbar. Das AKW Emsland wird zum 1. Januar 2023 endgültig abgeschaltet und zurückgebaut. Für den norddeutschen Raum stehen andere Instrumente zur Verfügung, um die Netzstabilität zu sichern.

Die Risiken im Stromsystem für den kommenden Winter unterscheiden sich wesentlich vom Winter 2023/24, weil durch die längere Vorlaufzeit bereits beschlossene Maßnahmen dann stärker wirken und noch weitere umgesetzt werden können. So erhöhen wir bis dahin die Gas-Importkapazität über schwimmende LNG-Terminals so stark, dass keine Gasmangellage an den Gaskraftwerken mehr zu befürchten ist. Wir steigern die Verfügbarkeit von Strom aus Biogas-Anlagen und aus anderen Erneuerbaren. Ebenso verbessern wir die Leistungsfähigkeit der Stromnetze, die Kraftwerkskapazitäten und flexible Lasten. Wir setzen auf Energieeffizienz und Unterstützung beim Energiesparen. Damit werden bis Herbst 2023 die Unsicherheitsfaktoren deutlich reduziert und die Versorgung bleibt auch in Extremszenarien gesichert. Eine Verlängerung der Einsatzreserve über Frühjahr 2023 hinaus oder eine Wiederbelebung im Winter 2023/24 ist deshalb ausgeschlossen.

Der Einsatz der Reserve ist nicht voraussetzungslos. Sie kann im Winter 2022/23 und nur dann eingesetzt werden, wenn klar zu befürchten ist, dass die Voraussetzungen eines Krisenszenarios vorliegen und auch unter Ausnutzung anderer Maßnahmen eine kritische Situation weiterhin droht. Die gesetzlichen Regelungen müssen sicherstellen, dass die Sicherheit der Anlagen gewährleistet ist, Sicherheitsaspekte oberste Priorität haben und die Betreiber nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Der Atomausstieg bleibt

Die Einsatzreserve ist eine verantwortungsvolle, angemessene, zeitlich begrenzte und zielgenaue Lösung, um auf ein Extremszenario vorbereitet zu sein und einer möglichen Netzinstabilität im kommenden Winter vorzubeugen. Sie trägt aber auch dem Risiko Rechnung, das der Einsatz von Atomkraft bedeutet.

Für uns ist klar: Der Atomausstieg bleibt. Atomkraft ist und bleibt eine Hochrisikotechnologie. Weiterhin ist für die Entsorgung des hochradioaktiven Abfalls keine Lösung in Sicht. Auch haben sich die Behauptungen von der Atomkraft als verlässlicher und günstiger Energiequelle immer wieder als Märchen entpuppt – davon zeugt einmal mehr der dramatische Ausfall der französischen AKW. Deutschland hat sich aus guten Gründen entschlossen, aus der Atomkraft auszusteigen. Atomkraft ist die Vergangenheit, nicht die Zukunft unserer Energieversorgung. Die Zukunft ist erneuerbar.

Begründung der Dringlichkeit

Der Antrag bezieht sich auf die Entscheidung zur Bereithaltung einer Einsatzreserve der Atomkraftwerke Isar 2 und Neckarwestheim 2 auf Grundlage der Ergebnisse des Stresstests. Die Entscheidung und die Ergebnisse des Stresstests lagen erst am 5. September vor. Das war nach dem Antragsschluss am 2. September 2022.